

*Herrn
Präsidenten des Bgld. Landtages
Christian Illedits
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 7. Mai 2017

Selbstständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Géza Molnár,
Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die
Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßen-
gebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom ... betreffend die Ablehnung einer kilometerabhängigen Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw

Im Rahmen einer umfassenden verkehrspolitischen Reform unter dem Titel „Mobilitätspaket“ hat die EU-Kommission kürzlich Pläne zum europaweiten Umstieg auf kilometerabhängige Einhebung der Maut- und Straßengebühren präsentiert. Die soll künftig auch für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw gelten. Jene Länder, in denen private Verkehrsteilnehmer Maut bezahlen – neben Österreich sind es Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und demnächst auch Deutschland – sollen bis spätestens 2027 von zeit- auf kilometerabhängige Mautsysteme umsteigen.

Das bewährte System der österreichischen Vignette durch eine kilometerabhängige Maut zu ersetzen, würde vor allem für Pendler höhere finanzielle Belastungen bedeuten. Der Burgenländische Landtag spricht sich daher gegen dieses Vorhaben der Kommission aus. Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft selbst über ihr Mautsystem entscheiden können, solange es fair und nicht diskriminierend ist.

Die burgenländische Landespolitik orientiert sich stark an den Bedürfnissen der Pendler und hat die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verbessert – das reicht von der Investition von rund 17 Millionen Euro jährlich in den Ausbau der öffentlichen Verkehrs und die Stützung von Jahres- und Monatskarten über die Fahrkostenzuschüsse im Rahmen der Arbeitnehmerförderung bis hin zu spezifischen Maßnahmen wie ein landesweites Netz von „Fair Tanken“-Tankstellen, das Top-Jugendticket, die Semesterticket-Förderung oder kostengünstige Parkgaragenplätze in Wien. Der Burgenländische Landtag hat sich mehrfach für eine faire und sozial ausgewogene Reform der Pendlerpauschale und eine bessere Förderung der Pendler ausgesprochen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, sich auf EU-Ebene gegen den europaweiten Umstieg auf eine kilometerabhängige Einhebung der Maut- und Straßengebühren für leichte Nutzfahrzeuge und Pkw auszusprechen